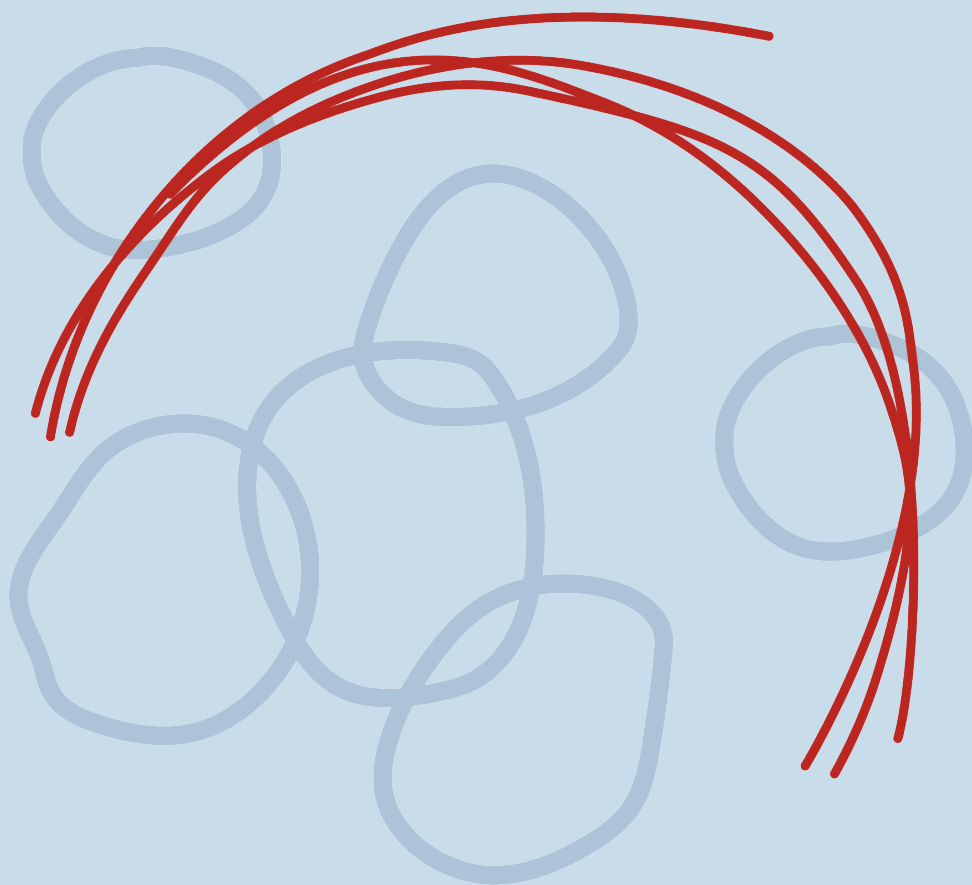


Nachhaltigkeitsinitiative («Initiative gegen eine 10-Millionen-Schweiz»)

Argumentarium gegen die Nachhaltigkeitsinitiative – Kurzversion



Was will die Initiative?

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» will die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz auf maximal 10 Millionen Personen begrenzen. Ab 9,5 Millionen Einwohner:innen muss der Bundesrat die Zuwanderung beschränken. Das bedeutet konkret, dass ab 2029 oder 2030 der Familiennachzug eingeschränkt wird und vorläufig aufgenommene Personen kein Bleiberecht erhalten können. Da diese Massnahmen nicht ausreichen, muss der Bundesrat etwa ab dem Jahr 2031 die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen. Da die Personenfreizügigkeit ein unverhandelbarer Grundpfeiler der EU und der gemeinsamen bilateralen Verträge ist, werden diese voraussichtlich wegfallen. Die Folgen davon für den Lohnschutz, den Wohlstand, die Arbeitsplätze, die Sicherheit, die medizinische und pflegerische Versorgung und die Rechte der ausländische Kolleginnen und Kollegen sind gravierend.

Die Initiative greift den Lohnschutz an

Die Initiative führt zu einem Systemwechsel bei der Zuwanderung. Die Personenfreizügigkeit mit starkem Lohnschutz wird gekündigt. Die SVP sagt sehr klar, dass sie keinen Lohnschutz mehr will. Mit der Beschränkung der Einwanderung in die ständige Wohnbevölkerung, werden in Zukunft vor allem GrenzgängerInnen, Entsandte und Kurzaufenthalter aus dem Ausland angestellt. Sie sind nicht von der Initiative betroffen. Da sie eine schwächere Stellung haben gegenüber den Arbeitgebern, wird der Lohndruck dadurch stark zunehmen. Heute sorgen Gesamtarbeitsverträge, Gesetze, Kontrollen und Bussen dafür, dass Arbeitgeber für gleiche Arbeit am gleichen Ort der gleiche Lohn bezahlt wird. Dieses System greift die SVP mit der Initiative an. Sie will, dass die Chefs freie Hand haben.

Die Initiative gefährdet Arbeitsplätze und den Wohlstand der Schweiz

Die Schweiz regelt ihre Beziehung zur EU mit den bilateralen Verträgen. Diese sind sehr wichtig für Wohlstand, Arbeitsplätze und Sicherheit. Wenn die Personenfreizügigkeit gekündigt wird, fallen die bilateralen Verträge weg und das Verhältnis zu Europa wird unsicher. Dies wäre in der aktuellen weltpolitischen Situation mit den amerikanischen Zöllen, dem Krieg in der Ukraine und dem rasanten Aufstieg Chinas gefährlich. Ohne die bilateralen Verträge könnten Schweizer Unternehmen viele ihrer Waren und Dienstleistungen nur unter erschwerten Bedingungen auf dem europäischen Markt verkaufen. Europa ist mit Abstand der wichtigste Handelspartner der Schweiz, deutlich wichtiger als Asien oder Nordamerika. Allein mit Deutschland handelt die Schweiz gleich viel wie mit allen asiatischen Ländern zusammen.

Ohne Zuwanderung altert die Bevölkerung in der Schweiz rasch

Die Bevölkerung in der Schweiz altert stark. Dafür gibt es mehrere Gründe: Einerseits kommt die grosse Altersgruppe der Babyboomer ins Rentenalter. Gleichzeitig sind die Geburtenraten gesunken. Ein Grossteil der Zugewanderten ist im erwerbstätigen Alter, wodurch diese Alterung der Gesellschaft entschärft werden kann. Nur so bleibt die Erwerbsbevölkerung ungefähr stabil, während die Gruppe an Rentner:innen grösser wird. Ohne Einwanderung in die Schweiz würde die Erwerbsbevölkerung hingegen in den nächsten 20 Jahren um etwa 800'000 Personen schrumpfen, während die Anzahl an Rentner:innen um etwa 856'000 Personen wachsen würde. Es fehlen dadurch Arbeitskräfte und das hat auch starke Folgen für die AHV. Die Zugewanderten leisten in der AHV insgesamt mehr Beiträge, als sie Leistungen beziehen – auch in Zukunft. Eine starre Begrenzung der Bevölkerung würde die AHV-Finanzen belasten.

Eine Begrenzung der Zuwanderung gefährdet die Pflege massiv

Die Zuwanderung ist entscheidend, um den Arbeitskräftebedarf in der Schweiz zu decken, besonders im Gesundheitswesen. Schon heute stammt ein grosser Teil des Pflegepersonals aus dem Ausland, vor allem in der Westschweiz und im Tessin. Wegen der demografischen Entwicklung wird der Bedarf an Pflegefachkräften in Zukunft weiter stark steigen. Trotz mehr Ausbildungsplätzen wird es laut Prognosen bis 2030 an zehntausenden Pflegefachpersonen fehlen. Eine Annahme der SVP-Initiative würde den Personalmangel in der Pflege verschärfen und die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung gefährden – besonders in der Langzeitpflege (Altersheime, Spitex).

Ausländische Kolleg:innen verdienen Rechte – nie mehr Saisonnierstatut

Bis zur Einführung der Personenfreizügigkeit hatten ausländische Arbeitnehmende in der Schweiz stark eingeschränkte Rechte. Mit dem «Saisonnierstatut» durften ausländische Arbeitskräfte nur temporär in der Schweiz arbeiten. Sie durften in der Zeit den Wohnort und den Arbeitsort nicht wechseln. Ausserdem war der Familiennachzug lange Zeit verboten. Deshalb wurden viele Familien getrennt und tausende Kinder mussten teils jahrelang versteckt leben. Arbeitgebende hatten eine grosse Macht und konnten Löhne und Arbeitsbedingungen nach ihren Interessen diktieren. Auch die soziale Absicherung fehlte oft. Dieses System hinterliess tiefe Wunden. Mit der Initiative droht wieder ein Zweiklassensystem mit weniger Rechten und weniger Schutz für ausländische Arbeitnehmende. Das muss unbedingt verhindert werden.

Das Asylwesen bildet nur einen kleinen Bruchteil der Zuwanderung

Menschen, die in der Schweiz Asyl beantragen, machen nur einen kleinen Teil des Bevölkerungswachstums in der Schweiz aus. Knapp neun Mal so viele Menschen sind erwerbstätige Personen, die jährlich aus der EU, Norwegen, Island und Liechtenstein einwandern und hier arbeiten und Steuern zahlen. Eine Senkung der Zuwanderung würde daher vor allem dringend benötigte Arbeitskräfte treffen. Das zeigt auch das Beispiel Grossbritannien nach dem Brexit: Statt weniger Migration hat sich die Zuwanderung bei hoher Arbeitskräftenachfrage einfach von der EU auf Drittstaaten verlagert (z.B. Indien, Pakistan, Nigeria oder China).

In Kürze

Die Initiative ist ein direkter Angriff auf den Lohnschutz, indem sie Kontrollen abbaut und Lohndumping begünstigt. Statt stabiler Arbeitsverhältnisse mit Menschen, die hier leben, Steuern zahlen und Teil der Gesellschaft sind, droht ein Arbeitsmarkt mit mehr temporärer Beschäftigung, mehr Unsicherheit und stärkerem Lohndruck für alle. Gleichzeitig verschärft sie den Personalmangel in Branchen wie der Pflege. Die Initiative löst keine Probleme, sondern schafft neue – auf Kosten der Arbeitnehmenden. Deshalb sagen wir am 14. Juni NEIN zur Initiative.